

Geistiges Kapital
 monatlich 60
 vierteljährlich 1,50 Mk.
 halbjährlich 3,00 Mk.
 jährlich 6,00 Mk.
 Durch die Post bezogen
 1,00 Mk. extra, Vierteljährlich
 30 Pfg.

Die neue Welt
 (Unterhaltungsblatt)
 durch die Post nicht bezogen,
 sonst monatlich 10 Pfg.,
 vierteljährlich 30 Pfg.

Kategorie Nr. 1047.
 Telegramm-Nachricht:
 Volksblatt Halle/Saale.

Volksblatt

Infektionsgebühr
 beträgt für die 6 gepulverten
 Zigaretten über deren Kennung
 20 Pfennig.

Für anaesthetische Anästhen
 25 Pfennig.

Im erkrankten Kinde
 kostet die Zelle 75 Pfennig.

Infanterie
 für die 10. Klasse
 müssen die 10 Klassen
 mit 10 Klassen der
 Expedition aufgeben
 sein.

**Eintragung in die
 Populationsliste.**

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
 Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eichartsberga und die Mansfelder Kreise.
 Expedition: Post 42/43. Geschäftsverlags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. - Redaktion: Post 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

Vom Unternehmungsgeist.

Der schwerste Wortbruch, den unsere Gegner dem Sozialismus machen, ist der: er verneine den selbständigen Unternehmungsgeist. Wenn es der Sozialdemokratie gelänge, ihren „Zukunftstaat“ zu verwirklichen, dann würde jeder einzelne sojagieren ein Staatsbeamter sein, von der Regierung über seinen Fortschritt, sicheres Brot bekommen und dafür sein bestimmtes, sicheres Brot erhalten. Neben aber würde der Anreiz, etwas Besonderes zu leisten, sich hervorzuheben vor den anderen, weil es ja dafür keine besondere Belohnung gäbe, und weil der Lebenslauf eines Beamten, der immer das vorgeschriebene Pensum zu erledigen habe, überhaupt kaum dazu angetan sei, den selbständigen Unternehmungsgeist zu entwickeln.

Sier wie überall dichten unsere Gegner in den sozialistischen „Zukunftstaat“ das hinein, was in kapitalistischen Gegenwartsstaat geschieht. Wohin wir heute blicken, sehen wir, daß durch die moderne kapitalistische Entfaltung fleißigen Berufs, in Beamtenberufe umgewandelt, „bureaucratisiert“ werden. Es sind das die sogenannten „Beamten“ und der Kaufmannstand. Der Arzt, der Rechtsanwalt, der Schriftsteller ebenso wie der selbständige Kaufmann sind auf die eigenen Füße gestellt. Jener wird kein Arbeitspensum vorgehrieben und sie bekommen dafür kein festes Gehalt, sondern auch die Höhe ihres Einkommens hängen zum größten Teil von ihrer eigenen Tätigkeit, Umsicht und Tatkraft ab. Das ist es, was sie vom Beamten und Angestellten unterscheidet.

Über die meisten, was es ist. Denn wie gelangt, wir stehen nicht in einer totalen Umwandlung dieser Zustände. Bedenken wir, wie sie bei denjenigen Berufs, der vor allen anderen das höchste des selbständigen Unternehmungsgeistes zu gelten pflegt, beim Kaufmannstand.

Überall in der kapitalistischen Wirtschaft hat die Notwendigkeit, die Produktivität zu steigern, zur Zusammenfassung der früher selbständigen Einzelbetriebe geführt. Damit hört die tatsächliche Selbständigkeit aus derjenigen Manufaktur auf, die vor Form nach selbständig bleiben. Vor wenig Tagen erst hat man in München eine neue Handelschule eröffnet, und der Direktor, Professor Bonn, wählte in seiner Einweihungsrede aus dem ganzen weiten Gebiet des Handels lein dringenden Gegenstand anzuführen, keinen, der so sehr die gegenwärtige Lage des Handels charakterisiert, als gerade diesen. Er sagte unter anderem:

„Das heutige Wirtschaftsleben ist heute in höherem Grade durch gegenseitige Vereinerbarungen organisiert, überall trat an die Stelle des selbständigen Unternehmers der einem Verband angehörende Betrieb. Die wirtschaftliche Politik eines solchen Verbandes wird naturgemäß in letzter Linie von einigen wenigen führenden Persönlichkeiten gemacht. . . Der Abrikant, der Mitglied eines Verbandes ist, hat ein gut Teil seiner Selbständigkeit eingebüßt. Er ist zum Mitglied einer Organisation geworden, die ihm nur bestimmte Funktionen überläßt und durch ihre Beamten oder Sachverständigen kontrollieren läßt, ob er sich mit diesen Funktionen befreit.“

Insoweit haben das, was eigentlich kaufmännische Arbeit ist und selbständigen Unternehmungsgeist erfordert, nur noch die „wenigen führenden Persönlichkeiten“ solcher Vereinerbarungen zu tun; die Höhe der Preise, die Ausbeutung oder Einschränkung der Produktion, den Augenblick des Einflusses, des Verlustes zu bestimmen, alles das macht der Verband, d. h. die paar Leute, die an der Spitze stehen. Die übrigen sind Beamte geworden: „Das kaufmännische Element“, sagt Prof. Bonn, „tritt neben dem verwaltungsrechtlichen zurück; völlig verdrängt wird es in den zahlreichen Fällen, wo die organisatorischen Funktionen den Absatz ihrer Produkte selbst in die Hand und Industrie die Möglichkeit, sich nach allen Richtungen hin zu betätigen.“ Gilt dies schon von den Inhabern der einzelnen Betriebe, die wenigstens der Form nach noch selbständig sind, so gilt es noch viel mehr von den Angestellten: „Unsere Großbetriebe arbeiten natürlich mit einem zahlreichen kaufmännischen Personal. Je größer sie sind, desto arbeitsteiliger wird die Organisation des Angestelltenbeeres, desto regelmäßiger wiederkehrend, desto einheitlicher die Funktionen des einzelnen Angestellten. Er wird ein Teil einer großen Maschine, der die ihm zugewiesenen Funktionen vorzüglich ausübt, aber über deren Gang nur manneftast unterrichtet ist, da er die ergänzenden Teilfunktionen nicht kennt.“ — Eine weitere Folge ist — nach Prof. Bonn — daß jetzt ganz andere Schichten der Bevölkerung dem Handel sich zuwenden: „Bevölkerungskreise, deren Ideal früher selbstverständlich der Staatsbeamte war, erstreben heute für ihre Söhne die Stellung von Privatbeamten, wenn möglich Postbeamten. Sie wenden sich dem Wirtschaftsleben zu, nicht weil sie etwa bloßlich der kaufmännische Geist ergriffen hätte, sondern weil die private Stellung heute die gleiche höhere Verwertung zu bieten scheint, wie der Staatsdienst.“

Wenn der die Vorzug sieht aber in den freien Berufen. Wohl gibt es noch viele Rechtsanwält, die ihre Selbständigkeit festhalten; aber nicht gering ist doch auch schon die Zahl derer, die es vorziehen, als Syndikus einer Aktiengesellschaft, eines Versicherungsunternemens, ja selbst eines Warenhauses nur vorgeschriebene Arbeit zu tun und dafür ein sicheres Einkommen zu beziehen. Die meisten Schriftsteller sind froh, bei einer

Reaktion gegen festes Gehalt eine Zuflucht zu finden. Und die Kerate? Nicht mit Unrecht ist erst kürzlich auf dem nationalliberalen Partitag darauf hingewiesen worden, daß auch für sie der Kampf ums Dasein immer schwieriger wird, und daß am Ende wohl nichts anderes übrig bleiben werde, als sie für „verstaatlichen“, d. h. sie vollständig zu Beamte zu machen. Gerade die Fortschritt ihre eigenen Wissenschaft, wie z. B. das neue Epithelium, untergraben ihnen immer mehr die Möglichkeit, in der alten selbständigen Form ihr Brot zu verdienen.

Sie, wohin wir sehen, ist die Selbständigkeit derer, bei denen man noch den freien Unternehmungsgeist fand, bedroht. Und wenn es richtig ist, daß mit der äußeren Selbständigkeit auch der Unternehmungsgeist selbst zugrunde geht, dann tun unsere Gegner Unrecht, deswegen den „Zukunftstaat“ anzulagen. Das besorgt die kapitalistische Entwicklung der Gegenwart schon auf das gründlichste.

Aber muß denn wirklich der Unternehmungsgeist aufhören, sobald die äußere Selbständigkeit aufhört? Unser ganzes Leben ist heutzutage ein Kampf ums tägliche Brot. Jeder von uns ist gezwungen, fortwährend anzupacken, wie er sich die tägliche Verforgung beschafft. Gerade das ist ja der Grund, weshalb die einen früher die Selbständigkeit, die anderen das Beamtentum bezogen, die einen hofften, als selbständige Leute höhere Einkünfte zu haben, die anderen sogen das sichere Brot des Angestellten vor. Bei den einen wie bei den anderen war die Hoffnung auf sichere und gute Verforgung ausschlaggebend. Alle Fähigkeiten waren und sind auf diesen einen Punkt gerichtet. Wie denn nun, wenn es gelänge, die sichere und reichliche Verforgung für jedermann unter allen Umständen zu schaffen? Wenn jedem das tägliche Brot in reichlichem Maße ohne weiteres sicher wäre, so daß er nicht mehr nötig hätte, jede Zofel seines Heins, jede Muskel seines Körpers ausgesetzt um dieses einen Zieses willen anzupacken? Würde man wirklich dann alle Fähigkeiten der Menschen mit einem Male einschlafen würden? Wir glauben es nicht. Im Gegenteil, sie würden dann, befreit von der irdischen Sorge um die materiellen Bedürfnisse des Alltags, erst recht aufleben und sich anderen, größeren, edleren Aufgaben widmen, als der ewigen Sorge um das eigene Essen und Trinken. Sobald die sichere Verforgung für jedermann vorhanden ist, wird die Menschheit erst anfangen sein, ihre Kinderkräfte abzulassen und neue, jetzt noch ungenutzte Bahnen des Fortschritts zu betreten, dann erst wird der selbständige Unternehmungsgeist sich voll entfalten in der Lage sein.

Diese Vorbedingung aber wird der vielgelästerte sozialdemokratische „Zukunftstaat“ schaffen, denn der Sozialismus will ja nichts anderes als ein planmäßige Wirtschaft, wo durch selbständiges Freinaderearbeiten oder produktiven Kräfte Brot genug für alle Menschenfinder geschaffen wird.

Der Schuldschein.

Zweijähriger Gedantag einer Thronrede.

Am 20. Oktober sind es genau zwei Jahre, daß das preussische Volk auf die Einführung eines königlichen Schuldscheins wartet. Am 20. Oktober 1908 bezog Wilhelm II. bei der Eröffnung des Landtages eine Thronrede, in der er es hieß:

„Mit dem Erlass der Verfassung ist die Nation in die Mitarbeit auch an den Geschäften des Staates eingetreten. Es ist mein Wille, daß die auf ihrer Grundlage erlassenen Vorschriften über das Wahlrecht zum Hause der Abgeordneten eine organische Fortentwicklung erfahren, welche der wirtschaftlichen Entwicklung, der Ausbreitung der Bildung und des politischen Bewusstseins sowie der Erhaltung des staatlichen Verantwortlichkeitsgefühls entspricht. Ich erwarte darin eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart.“

Wohin befehlt die außerordentliche Bedeutung dieser Thronrede? Eine Thronrede ist nicht die persönliche Meinungsäußerung eines beliebigen gerade auf dem Thron besitzlichen Monarchen, sondern ein feierlicher Staatsakt, der in allen seinen Einzelheiten von dem verantwortlichen Ministerat vorbereitet und feierlich ist. Sie ist die offizielle, verbindliche Norm, in der sich die monarchische Staatsgewalt vor der Öffentlichkeit zu äußern vermag.

Das in der Thronrede vom 20. Oktober enthaltene Zugespandis, daß eine Wahlreform in Preußen notwendig sei, es nicht nur dadurch seine besondere geschichtliche Bedeutung, daß es keineswegs dem freien Willen der Staatsgewalt entspringt, sondern die vielmehr von den Massen abgerungen und abgezwungen war. Das Zugespandis der Thronrede steht in offenbarem Gegensatz zu früheren Regierungserklärungen, in denen das Dreifaltigkeitsgesetz geradezu als das beste aller Wahlgesetze gepriesen und jede Forderung einer tiefer greifenden Wahlreform in brutaler Weise zurückgewiesen worden war. Es steht insbesondere in trocken Widerspruch zu allen Erklärungen des früheren Reichskanzlers Bismarck, in denen die Erziehung demokratischer Verfassungen sozialdemokratischen Massen als völlig verfehlt und auswärts bescheidet worden waren. Es ist eine Tatsache, die nicht mehr aus der Welt geschafft werden kann, daß das Versprechen einer Wahlreform erst gegeben wurde, nachdem von den Führern des Berliner Arbeitervereins die Zustimmung der französischen Revolution, die Marcelline erklarten war. Die Thronrede vom 20. Oktober 1908 war seit 60 Jahren wieder das erste Angehen dafür, daß die herrschenden Mächte

gezwungen sind, Rücksicht auf das Volk zu nehmen, so bald dieses zeigt, daß es ihm um seine Sache ernst ist. Die Krone, für deren Handlungen die Regierung verantwortlich ist, ist einer der drei Faktoren der preussischen Verfassung; die beiden anderen sind das Abgeordnetenhaus und das Herrenhaus, die zusammen den Landtag bilden. Das Abgeordnetenhaus war in der Anerkennung der Notwendigkeit einer Wahlreform der Krone schon vorangegangen, denn in verschiedenen Abstimmungen hatte sich gezeigt, daß eine Wahlreform, die grundsätzlich die Erhaltung des bestehenden Wahlrechts wünschlich, nicht mehr vorhanden war. Krone und Abgeordnetenhaus müssen sich vereinigen, um die Wahlreform zu fordern, wenn sie auch über das Maß dieser Reform mit dem Volk streiten möchten. Krone und Abgeordnetenhaus gehen ein, daß die preussische Verfassung eine große Schuld am preussischen Volke einzulösen hat, und doch ist noch nicht das geringste geschehen, um diese Schuld einzulösen!

Daraus ergibt sich die Folgerung, daß das Volk die Einlösung dieser Schuld mit denselben Mitteln erzwängen muß, wie denen es ihre Anerkennung erzwungen hat. Auch hier gilt das Wort: „Durchsicht.“ Nur mit dieser Durchsicht energisch und unangebrochen!

Nach der Theorie, die sich die Junter zerlegt gefest haben, soll die Verpflichtung der Krone durch den mislungenen Wahlreformersuch dieses Jahres erledigt sein. Das ist aber eine Ausrede der Verlegenheit, die niemand ernst nimmt. Die Verpflichtung zur Reform besteht, solange die anerkannte Reformbedürftigkeit vorhanden ist. Und das Wählungen des Reformversuchs von 1910 beweist nicht, daß die Güte des Wahlrechts, desto mehr für die Unfähigkeit der Regierung und des Landtags.

Die tatsächliche Situation, die sich aus diesem Sachverhalt für die Regierung und die verfassungsmäßige Zustände ergibt, wird noch ganz außerordentlich verwickelt durch die Ereignisse, die sich in der Zwischenzeit, vom 20. Oktober 1908 bis zum heutigen Tage, abgespielt haben. Man hat dem Volk Hunderte von Millionen neuer Lasten aufgesetzt, man hat neue Steuern, Tabak-, Branntwein-, Zölle, Kaffee-, Zündholz-, Leuchtstoff-, Steuererhöhungen geschaffen — und das Wahlreformversprechen blieb unerfüllt! Dem König von Preußen wurde die Billhilfe von 1904 auf 1904 Millionen Mark jährlich erhöht — und das Wahlreformversprechen vom 20. Oktober 1908 nicht erfüllt! Das ist die Situation, die selbst das schuldige Volk der Welt in die Empörung treiben müßte! Die Regierung verweigert man an Sollo und weigert sich so gut wie nie, und darum verurteilt sie alles, um die Unzufriedenheit der Welt abzuwenden von diesem Punkt, an dem das preussische System sterblich ist. Darum klammert man sich jetzt an Wohlstand und ähnliche Geseglichkeiten! Aber alle Verluste, die im Vorhanden zu verurteilen, alle Verluste, bezogen sich zu machen und abzulassen, werden scheitern an dem guten Gedächtnis und an der großen Energie der Volksmassen, die sich nicht scheuen werden, den als richtig erkannten Weg bis zum Ende zu gehen!

Die Nichterfüllung des Schuldscheins vom 20. Oktober 1908, zusammengehalten mit der Reichsfinanzreform vom 1909 und der Erhöhung der Billhilfe von 1910, ist ein Unfassbares und zu durchschlagender moralischer Wucht, daß ihm schließlich auch die härteste Regierung unterliegen muß. Diese Steuern aus den Taschen des Volkes, mehr Geld für den König, aber kein Recht für das Volk trotz aller feierlichen Versprechungen! Das sind Lasten der Schuld, die die Sozialdemokratie jenen, die dafür in erster Linie verantwortlich sind, Regierung, Konventionen und Zentrum, immer wieder, und besonders auch im Wahlkampf in die Ohren schreien wird. Wer lassen nicht jeder, wie gegen nicht nach! Dort mit diesem niederträchtigen Schmei!

Daraus mit dem gleichen Wahlrecht für Preußen!

Politische Uebersicht.

Halle a. S., 19. Oktober 1910.

Septennat.

Der Reichstag hat dem Reichstage durch seine unerwartlichen Ansprüche auch das Recht der jährlichen Feststellung der Budgetsätze des Reiches erreicht. Die letzte Rechnung war ein Einmündet, fünf Jahre. Nun kommt die Rechnung, daß die Reichsregierung den Anspruch erhebt, auf sieben Jahre die Budgets festlegen zu lassen, also ein Septennat fordert. Das muß grundsätzlich abgelehnt werden, wenigstens von der Sozialdemokratie, da die Volkswirtschaft ein Recht hat, jährlich und nur für ein Jahr darüber zu befinden, wie groß die Willkürmacht zu sein hat.

Die parlamentarische Rechnung läßt durchblicken, daß falls der Reichstag in dieser Hinsicht „Schnurstricken“ mögen, sich die Herrschaftsverwaltung auch mit dem „Quinquennat“ — wie es gegenwärtig gelehrt besteht — abzugeben „beglücken“ würde. Die „Neuanforderungen“ bewegen sich abgeben in „mächtigen Grenzen“ und sollen auf sieben Jahre „berechtigt“ werden. Neue Einkommensquellen für die zu erwartenden militärischen Ausgaben zu erschließen, habe sich als nicht notwendig herausgestellt. Die Mehreinnahmen würden aus laufenden Mitteln beschaffen. Die Mehreinnahmen werde damit gemacht, daß die Zinsfuß des Reiches für die Kolonien im Laufe der nächsten Jahre immer geringer werden, und die



— **Wortliches Wortwunder.** Der Mittelgutsbesitzer Bod hatte im Jahr d. 3. sein Gut Abl. Marzischen für den Preis von 480 000 Mark an den 14. Oktober verkauft er hat Gut wieder für 674 000 Mark an den Gustavseher Keller in Königberg. Damit hat er in drei Monaten 114 000 Mark verdient.

Spanien.

Die Forderungen an Marro.

Der marrokanische Minister des Äußern El Mokri hält sich gegenwärtig in Madrid auf, um über die Höhe der Ansprüche an Marro zu beraten, die Spanien wegen des gefürchten Abfalls von Marro stellt. Und die sind nicht gering. Aus Tanger wurde dem Pariser Matin gemeldet: El Mokri habe infolge des von der spanischen Regierung angebotenen Abzugs der Verhandlungen eingemittelt, daß Spanien nicht nur in der Umgegend von Melilla, sondern auch in der von Ceuta eine spanisch-marrokanische Polizei und dem Reichsteile von Melilla ein ausschließliches spanisches Postamt errichte. Ueberdies hat Spanien erklärt, daß es eine Kriegsentwädigung von 150 Millionen verlange, während seine frühere Forderung mit 80 Millionen Frank beziffert worden sei. Bei dem Nachen wäre durch diese übertriebene Forderung der Einbruch hervorgerufen worden, daß Spanien einen neuen Expeditionskorps ins Land schickte, dessen Ziel die Wertschätzung von Tetuan sei. Der Gouverneur von Tetuan habe bereits bekannt gegeben, daß der Bau der Straße nach Tetuan, der infolge der Entscheidung des diplomatischen Stoffs als der Angehörige zum Aufbruch angetrieben worden war, wieder in Angriff genommen werden soll. Es erwartet fast den Anschein, als ob die spanische Regierung einen neuen marrokanischen Feldzug vom Raum brechen wolle, um die Wälder von den Vorgängen im Inneren Spaniens abzulösen. Ein Beginnen, das einen Ausgang nehmen kann, wie ihn die Regierung vielleicht nicht erwartet haben dürfte — die Spuren Portugals sollten doch streuen...

Wichtige Prozeduren.

Paris, 10. Oktober. Seit Journal wird aus Madrid gemeldet: In Marro in der Nähe von Valencia kam es während einer katholischen Prozession zu schweren Unruhen. Als bei der Prozession einige Teilnehmer tiefen: Es lebe der Papst und der König, schaltete ein anderer Gruppe Republikaner der Auf entgegen: Es lebe die Republik! Darauf kam es zu einem heftigen Streit, wobei mehrere Republikaner verletzt wurden. Einige Prozessionsteilnehmer wurden schwer verletzt, einer von ihnen wurde sterbend ins Krankenhaus nach Valencia gebracht. Eine Anzahl weiterer Personen erlitten leichte Verletzungen. In demselben wurde eine katholische Prozession angeführt, die von Republikanern durch Revolverfeuer auseinandergetrieben. Auch da wurden einzelne Personen mehr oder minder schwer verwundet.

Cürkel.

Die politische Lage

Nach als Äußerst ernst bezeichnet. Eine inmitten der Verhältnisse lebende konservativere Persönlichkeit meinte, die Ziele liege vor einer neuen wichtigen innerpolitischen Phase. Die Minister des Krieges und der Marine haben dem Großver ein gemeinsam ein 12 Punkte enthaltendes Memorandum unterbreitet, von dessen Erfüllung sie ihr Verbleiben auf ihren Rollen abhängig machen. Dienstag nahmen die Verhandlungen zur Vermählung der Krone ihre Fortsetzung. Zugleich hat der Kriegsminister die seinem Befehl durch den Finanzminister beigegebenen Staatsfonds und Kontrollkonten, wie solche im Geheh durch Parlamentsbeschlüssen in allen Ministerien bedingt sind, entlassen und durch eigene Beamte ersetzt.

Konstantinopel, 18. Oktober. Wie die Wälder melden, hat die Regierung beschlossen, mehrere strategische Punkte im Schwarzen Meer sowie im Archipel zu besetzen.

Perrien.

Was geht vor?

England und Rußland haben sich vor mehr als Jahresfrist verbunden, um gemeinsam Perrien besser anzuländern zu können, oder wie man das diplomatisch nennt, ihre „Interessensphären“ in Perrien abzugrenzen. Das schmale, wirtschaftlich und finanziell zerrüttete Land ist gegen viele englisch-rußische Annahmen natürlich vollständig wehrlos. Jetzt scheint man den Zeitpunkt für gekommen zu erachten, um die Karten ganz aufzudecken und mit seinen letzten Absichten, die schließlich auf eine Aufteilung Perriens hinauslaufen, offen hervortreten zu können. Der

erste Schritt nach dieser Richtung hin wurde bereits in den letzten Tagen durch verschiedene Maßnahmen des offiziellen Petersburger Telegraphenbureaus angeknüpft, die sämtlich von dem angeblich wieder um sich greifenden Unruhen und der „Anarchie“ in der Hauptstadt Teheran zu berichten wußten. Es ist sehr wahrscheinlich, daß, soweit an diesen angeblichen Unruhen etwas Wahres ist, diese selbst mit auf fremde Mächte zurückzuführen sind. Jetzt hat nun England, angeblich veranlaßt durch diese Unruhen und im offenkundigen Einverständnis mit der russischen Regierung, eine Note an die persische Regierung gerichtet, über deren Inhalt die folgenden Telegramme berichten:

Teheran, 17. Oktober. Eine Note der englischen Regierung über Persien erklärt, England würde, falls innerhalb dreier Monate die Ordnung in Südpersien nicht wiederhergestellt sei, gezwungen sein, bestimmte Maßregeln zur Einsetzung einer Sotak-gewalt unter dem Kommando englisch-indischer Offiziere zu treffen. Die Kosten würden durch einen Zuschlag auf die Zölle im persischen Golf gedeckt werden. Sollte sich die Aushebung einheimischer Truppen als unmöglich herausstellen, so würden, wie man annimmt, indische Truppen einrücken. Eine derartige Maßnahme würde den Perrien wahrscheinlich als erstes Schritt zur Aufhebung des Landes erscheinen und ungewissheit weitreichende Folgen nach sich ziehen.

London, 17. Oktober. Die Times veröffentlicht folgendes Telegramm aus Teheran: Die Note der britischen Regierung an die persische enthält die bestimmte Ankündigung von entscheidenden, weitreichenden Maßregeln, die England bei gewissen bedauerlichen Eventualitäten ergreifen werde. Diese Maßregeln würden das Ende der Politik der Nichtmischung bedeuten, und die Russen würden dann wahrscheinlich im Norden dem Beispiel folgen. Die einzige Möglichkeit für eine Anleihe sei daher die tatsächliche Rettung. Die englische Regierung würde es natürlich vorgeben, bei der bisherigen Politik zu bleiben, aber sie werde zugleich den Wunsch, die Lage in möglichst vollkommener Harmonie mit der russischen Regierung zu behandeln.

Die liberale englische Presse erklärt sich gegen die beschuldigte Raubpolitik, weil sie sich wahrscheinlich der Einsicht nicht verschließt, daß die eingeleitete englisch-russische Politik unter Umständen von sehr weitreichenden Folgen sein kann. So schreibt Daily Graphic: Wenn das Ultimatum angelehrt wird, wird Persien aus der Reihe der selbständigen Staaten gerissen werden. Das Weltblatt beklagt das Vorgehen der Regierung, denn die Eroberung Südpersiens werde keine leichte Aufgabe sein und eine große dauernde Verantwortung begründen, und äußert die Beforgnis, daß die anderen Mächte Kompensationen fordern würden, wodurch neue internationale Reibungen entstünden.

Die konservativen Blätter hingegen erkliden in der an Persien gerichteten Note nichts als eine notwendige Aenderung der englischen Politik.

Ägypten.

Ein Eisenbahnerstreik

ist, wie aus Kairo gemeldet wird, in Ober-Ägypten ausgebrochen. Eine große Anzahl von Angestellten der Regierungsbahnen sind in den Ausstand getreten, verlangen höhere Löhne und halten die Fäge an. Der Ausstand hat sich auch auf die Werksstätten der Bahnhöfe Suez-Kairo, zum Teil auch auf Unter-Ägypten ausgebreitet. Ägyptische Truppen bewachen die Eisenbahnerstätten von Suez. Unter dem Eisenbahnerpersonal herrscht große Erregung. Die Polizei wurde mit einem Haufen von Steinen empfangen (?), worauf es zu einem heftigen Zusammenstoß kam, bei dem viele Verwundungen entstanden und mehrere Verhaftungen vorgenommen wurden. — Die Ausständigen erheben auch gegen die Einziehung von Strafgeldern Widerspruch.

Gewerkchaftliches.

Ein Häuptling der Gelben vor Gericht.

Der Geschäftsführer der sächsischen gelben Arbeitswilligen-Garde und Medakteur des sächsischen „Arbeitswilligenorgans“, der Rationalen Volksgenossenschaft, Max Gensch, hand wegen Verleumdung der Genossen Robert Kirchberg und Friedrich Krimmichan als Angeklagter vor dem sächsischen Schöffengericht. Lange, viel zu lange haben unsere dortigen leitenden Genossen die Ehr-

abshneideri und Reichverbandsmanieren des gelben Organs erduldet, ohne darauf zu reagieren. Höchstens, daß man den nationalen gelben Wäulern in der Presse oberflächlich erwiderete, sonst ließ man sie laufen. Als das Blatt dem Genossen Gensch anlässlich seiner Verleumdung vorwarf, daß er seine Wölfe in Krimmichan ausgepielt habe, weil ihm der Boden zu heiß geworden sei und daß er in Kirchberg auch seine Wölfe umziehen werde und ihm noch andere Verleumdungen nachschleite, hatte die Gelb unserer Genossen ein Ende. Der Bericht betrifft der sächsische Gensch Nr. 2 die Absicht der Verleumdung, er erklärte, daß er dem Genossen Gensch nichts Ehrenwürdiges nachsagen könne und nachgelegt habe. Es seien nur allgemeine Lebenssätzen (11), die er gegen Gensch gebraucht habe und die der Bekämpfung des sozialdemokratischen Systems dienen sollten. (11) Dieser Kampf bringe solche soziale Reformen hervor, meinte sein aus dem sächsischen Kampf und seinen gerichtlichen Nachspielen bekannte Rechtsbeistand Rechtsanwält Tiede. Das Gerücht fand offenbar auch wenig Beachtung für diese Verleumdung-Manier gelber Presseheben und beurteilte den Leiter der sächsischen Arbeitswilligen-Gesellschaft wegen Verleumdung zu 20 M. Geldstrafe, 60 c. n. l. vier Tagen Haft und Tragung der Kosten.

Der Straßenbahnerstreik in Bremen.

Die Verhandlungen im Straßenbahnerstreik, die Dienstag mittag unter dem Vorhild des Polizeigenossen erfolglos, sind gescheitert. Die Vertreter der Straßenbahner befanden darauf, daß die Leitung des Transportarbeiterverbandes hinzugezogen würde, was von der Direktion der Straßenbahn abgelehnt wurde. Da ist es selbstverständlich, daß die Straßenbahner jetzt unter neuen Umständen auf die Aenderung des Streikbundes bestehen dürften. Die Streikführer, die sich die Straßenbahndirektion von der berühmten Firma August Müller & Hamburg kommen ließ, sind bis heute noch nicht aus den Ställen hinausgewiesen. Drei Arbeitslose Quartier zu geben, wurden am Montag entlassen, sie wurden aber am Dienstag wieder eingekerkert, nachdem ihre Kollegen sich mit ihnen solidarisch erklärt hatten.

Am Mittwoch werden die Behörden in der Bürgerstraße Rede und Antwort stehen müssen, ob sie gewillt sind, die Samstags Arbeitswilligen mit Rücksicht auf den Ausfall, und dadurch die Sicherheit des fahrenden Publikums zu gefährden.

Weiter meldete der Berliner Sozialgenosse (1), daß die Depots der Straßenbahn, in denen die Arbeitswilligen untergebracht sind, ununterbrochen von einer großen Menge Streikender belagert würden. Bei den getrigen Kravallen seien ein Motorwagen und zwei Anhängewagen vollständig demoliert worden. Auch zwei Schulpleite hätten durch Steinwürfe Verletzungen am Kopfe erlitten. Der von Berlin erwartete Transport von weiteren 800 Arbeitswilligen ist noch nicht eingetroffen. Der Streik gewinnt weitere Ausdehnung, daß sämtliche Bahnhöfe der Eisenbahn, etwa 100 Mann, beschloßen haben, sofort die Arbeit niederzuliegen, falls die Streikbrecher die Arbeit wieder aufnehmen.

Die Differenzen auf den Bremer Werften.

Die Differenzen der Arbeitergesellschaft hier hat die Forderungen der Arbeiter erfüllt. Montag fanden Verhandlungen statt, nach Beendigung der Verhandlungen gab die Direktion durch Anschlag bekannt, daß sie Donnerstag mit der Wiedereinstellung der Arbeiter beginnen wolle. Jetzt konnte sie mit einem Male auch einen Endtermin für die Einstellung angeben; am Sonnabend soll sie beendet sein. Wahregelungen dürfen nicht vorgenommen werden. Im übrigen wird auf die Hamburger Verhandlungen Bezug genommen. Die örtlichen Verhandlungen werden fortgesetzt. Die Daudarbeiter vom Norddeutschen Lloyd in Bremerhaven hielten Sonntag eine gut besuchte Versammlung ab, die Stellung nahm zu der Lohnregulierung, die sich den Lohnfäden der Werftarbeiter anpassen soll. Es kam zur Annahme einer Resolution dahingehend, daß die Oberinspektion des Norddeutschen Lloyd eine bindende Erklärung abgeben soll, ob sie die Fäge, die von den Werften gezahlt werden, auch ihren Arbeitern bewilligen will.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Heberdick, Parteipropaganda Paul Senft für Ausland, Gewerkschaftliches, Penitentien und Vernehmliches Herrl. W. d. Hales Otto Reichert Provinziales und Versammlungsbereiche Gottl. Haspapel, sämtlich in Halle.

Wollene Strümpfe

für Damen und Kinder.

Schwarze Kinderstrümpfe	dauerhafte Qualitäten	45 Pf.
Gemusterte u. Ringel-Kinderstrümpfe	das Paar 75 68	50 Pf.
Baby-Strümpfchen	schw. u. braun d. P. 85 70	30 Pf.
Gamen-Strümpfe	feinste Wolle, reizende Neuheit, glatt u. gemustert d. P. 45 38	55 Pf.
Damen-Strümpfe	echt schwarz und braun das Paar 1.00 75	25 Pf.
	hochaparte Neuheiten in allen modernsten Farben das Paar 1.95 1.65	1.10 M.

Sweaters

für Knaben und Mädchen.

Sweater	blau mit rot und weiss gestreift	Stück 2.25 1.15	75 Pf.
Sweater	schwarz mit rot und weiss gestreift	Stück 2.25 1.15	75 Pf.
Sweater	einfarbig rot	Stück 3.00 2.25	1.10 M.
Sweater	einfarbig blau	Stück 2.50 1.85	1.10 M.
Sweater	einfarbig weiss	Stück 3.75 2.25	1.75 M.

Normal-Wäsche.

Bewährte Fabrikate.

Herren-Normal-Hemden	2.25 1.75 1.50 1.10	1.00 M.	
Herren-Normal-Beinkleider	2.15 1.55 1.40 1.00	70 Pf.	
Herren-Normal-Jacken	1.45 1.05 95	80 Pf.	
Damen-Normal-Jacken	1.15 1.00 90	75 Pf.	
Damen-Normal-Beinkleider	2.50 2.30 2.15	2.00 M.	
Kinder-Normal-Trikots	mit Aermel	1.30 1.15 90,	75 Pf.
Trikot-Untertailen	1.00	85 Pf.

Jagdwesten Strickjacken

für Herren Stück 3.00 2.50 2.00 1.50 M. Stück 2.50 2.00 1.50 1.10 M.

Handschuhe

für Damen und Herren.

Damen-Handschuhe,	glatt und gemustert	das Paar 45 35	33 Pf.
Damen-Knopf-Handschuhe,	bester Trikot in allen Farb.	das Paar 85 60	40 Pf.
Gestrickte Dam.-Handsch.	weiss, farbig u. schwarz	das Paar 80 60	50 Pf.
Herren-Handschuhe	aus gutem Wolltricot od. Wildleder imit.	das Paar 1.25 1.00	68 Pf.
Gestrickte Herren-Handsch.	mod. Ausfahr. weiss u. farb.,	das Paar 1.50 1.00	90 Pf.

Golfjacken u. Mützen

für Damen und Kinder.

Golf-Jacken	für Damen, weiss, rot, marine und blau	Stück 11.75 9.50	7 50 M.
Golf-Jacken	für Mädchen in weiss, rot, marine und blau	Stück 9.50 5.50	3 50 M.
Golf-Mäntel	für Kinder in weiss und rot mit Trasse eingefasst	Stück 8.50	6 50 M.
Golf-Capes	für Kinder in weiss m. farbigem Capuchon	Stück 5.50	3 75 M.
Rodel-Mützen	weiss, rot, blau	Stück 1.30 1.10 90	85 Pf.

Geschäftshaus U. LEWIN Halle a. S.

Walhalla-Theater

Direktor u. Besitzer: Paul Bittgen.

Heute, Mittwoch, 8 heiligen Chungusen.
letzten Auftreten der
Morgen, Donnerstag, 1. Debut: Das ungelöste Rätsel:
Durga! Das fliegende Piano.
 Innerhalb eines Jahres 3 mal im Wintergarten, Berlin.
 Hierzu das wahrhaft glänzende Programm.
 Alle Radfahrer müssen unbedingt 4 Ritschles sehen!
 6 Colbergers — 6 1/2 Hegebarth Family etc.

„Rennbahn „Passendorfer Wiesen“

Samstag d. 23., Montag d. 24., Sonntag d. 29.
 u. Sonntag d. 30. Oktober finden nachmitt. von 3 Uhr ab
 durch den frühesten
Radweltmeister
G. Boulain

Monoplan-Schauflüge

flatt.

Boulain flog mit großem Erfolge in Jochensthal, Deutzen, Könnigberg, Wörlitz, Bernitz. ::

Preise der Plätze.

• Vor-Verkauf:	• Klassen-Verkauf:
Startplatz . . . 2.-	Startplatz . . . 2.50
I. Platz . . . 1.-	I. Platz . . . 1.25
II. Platz50	II. Platz60

II. Platz für Gymnasialisten, Schüler und Militär ohne Charge Mk. 0.20.

Frei Heil!

Turnverein „Fichte“ Halle a. S.
 (II. Männer-Abteilung Halle-Süd).

Den Turngenossen der II. Männer-Abteilung zur Nachricht, dass sich unser Turnlokal von Freitag den 27. Oktober ab im **Glauchaufischen Schützenhause** bei Nachse befindet. Übungsstunden jeden Dienstag und Freitag abends 8 1/2 — 10 1/2 Uhr. Wir ersuchen um regen, pünktlichen Besuch.
 Der Abteilungs-Vorstand.

Helfen Sie, bitte, Ihren Winter-Bedarf in **Berndorffs billigem Verkauf.**

Es lohnt sich, schon der billigen Preise wegen. Es bieten sich Ihnen enorme Vorteile beim Einkauf von **guten Normal-Unterzeugen, Strickjacken, Unterhosen, Hemden (weiss u. bunt), Damen- und Kinder-Kapotten, Tücher, Damen-Westen u. -Schürzen, Schlafdecken und Bettdecken, Strümpfen und gut ausprobiertem Wollgarn.**

Geschäfts-Eröffnung.

Hiermit teile ich allen werthen Freunden, Bekannten und Nachbarn mit, daß ich Freitag den 21. Oktober in meinem Geschäft, **Grimmstrasse 4**, ein **Viktualien-geschäft mit Schlachtfest** eröffne.

Schachstehend zeichnet
Albert Eckert.

Anfichts-Postkarten die empfindlich
 beständig sind.

So froh
 sind die kleinen Trabanten, wenn sie ein Butterbrot mit **Rheinperle**-Margarine bekommen. Es mundet vorzüglich und auch der Kuchen, mit Rheinperle gebacken, ist eine Lieblingsspeise. Rheinperle ist gleich der bewährten Marke **Solo** ein vollkommenes Ersatzmittel für feinste **Butter.**

Überall erhältlich!

Allein-Fabrikanten: Hell-Margarine-Werke
 Durnbach & Prosen, & S. H. G. Gsch. (Hild.)

+ Eheleute +

verlangen meine schätzbare Schrift „Das Eheliche Leben“ (Goldene Worte für Eheleute) gratis, franco, ohne Abänderung.
 G. Klippelbach, Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 41.

Gashängelampen
 besonders billig
C. F. Ritter,
 Leipzigerstrasse 90.

Apollo-Theater.
 Direction: Gustav Poller.

Jubiläums-Saison.
 Des beispiellosen Erfolges wegen:
 Vorzüglicheres Gastspiel von **Sylvester Schaffner jr.**

Dazu das völlig neue Programm:
La Béral,
 mysteriöse Gräfinnen und Bekehrungsgeschichte.
4 Spisels,
 netton Dummly-Bumstly-Att.
2 Siddons,
 gmnastisches Potpourri.

Stadttheater Halle.
 Direction: Gen. Major M. Richard.

— Genruf 1181. —
Donnerstag 20. Oktober 1910:
 10. Vorstellung i. Ab. 4. Viertel.
 4. Vorstellung im Bienen-
 Hof.

Wenn der junge Wetz blinkt.
 Aufspiel in 3 Akten
 von Friedrich Hebbel.
 Stoffentwurf 7 Uhr.
 Auf. 7 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr.

Freitag den 21. Oktober 1910:
 11. Vorstellung i. Ab. 1. Viertel.
Der Waffenschmied
 von Worms.
 Komische Oper in drei Akten
 von Albert Lortz.

Bruno Klink,
 Goldschmied,
 Gr. Ulrichstr. 41.
 — Verlobungsringe, —
 Hochzeitsgeschenke,
 Jubiläums- und Palmetteschmuck
 — 5% Rabatt. —

Julius Bacher
 Leipzigstr. 12



Strickjacken
Jagdwesten
 in ungeheurer Auswahl
 zu bekannt
 billigen Preisen

Billigste Bezugsquelle
 für **neue Möbel.**
 Wie bekannt, erhalten Sie
 bei mir die billigste . . .
Wohnungs-Einrichtung
 von 150-5000 M. in nur guter
 Ausführung.
Einzelmöbel
 in allen Holz- u. Stilkarten.
Friedrich Peleke,
 Möbel-Magazin,
 Gegr. 1888,
 Telefon 2450, Geisstr. 25.
 Eigene Tischlerei u. Polster-
 werkstätte im Hause. Mein
 Geschäft ist Sonn- und
 Feiertags geöffnet. . .

Rein **Aluminium-Schwertlöpfe**
 besonders billig bei
C. F. Ritter,
 Leipzigerstrasse 90.

Neu eingerichtet:

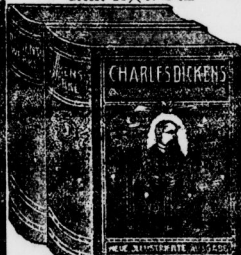
Puppen-Klinik.

Wir bitten, die **Invaliden u. Kranken** möglichst bald in unsere Heilanstalt zu bringen, damit dieselben zum **Weihnachtsfest** wieder gesund sind.

Ersatzteile
 wie:
 Hände, Arme, Beine,
 Köpfe, Rumpfe, Perücken
 in
 grösster Auswahl zu billigsten
 Preisen am Lager.

Nussbaum.

Grösse 24 x 17 1/2 cm



An unsere Leser!

Unser Bestreben ist, **unsern Lesern** **anerkannt gute Bücher zu Ausnahmepreisen** zu liefern. Wir haben deshalb auch in diesem Jahre mit einem grossen Verlage abgeschlossen, der vermöge des Vertriebes durch Zeitungen imstande ist, Massenauflagen herzustellen, und es uns dadurch zu ermöglichen, **unsern Lesern zu dem Ausnahmepreis v. M. 3.50** diese Bücher, zwei elegante Prachtbände in gutem, klarem Druck, mit **vielen** ganzseitigen Original-Illustrationen von dem Künstler **Hanns Anker**, anzubieten. — Dieses Mal ist es eine Auswahl der besten Schriften eines Dichters, der vielen dem Namen nach wohl bekannt ist, dessen Schöpfungen man aber erst voll versteht, wenn man sich auch mit seinen Werken beschäftigt. Man muss in der Bibliothek haben, man kann ihn immer wieder lesen, so einzig ist die Lebendigkeit seiner Gestalten. Als echter Humorist versteht er es, seine Leser bald zu Tränen zu rühren, bald ihr lautes Gelächter zu erregen. **Dickens Romane** entspringen dem Herzen und dadurch spricht er zum Herzen seiner Leser, er lebt in seinen Gestalten. **Dickens** ist ein anerkannter **Volkschriftsteller** im edelsten Sinne für jung und alt, der in keinem Hause fehlen sollte, der sich sowohl als Geschenk, wie für die eigene Bibliothek eignet. . .

Charles Dickens

aus dem reichhaltigen Inhalt dieser neu bearbeiteten, künstlerisch illustrierten Auswahl von Dickens Schriften in 2 Bänden haben wir hervor . . .

Nicolas Nickleby — Oliver Twist — Klein Dorrit — Aus zwei Städten — Weihnachtsmärchen und vieles mehr

So lange der Vorrat reicht geben wir diese beiden, von dem anerkannten Künstler **Hanns Anker** illustrierten Prachtbände, die nur durch unsere Haupt-Expedition, Filialen und bei unseren Trägern zu haben sind, **ausserordentlich billigen Preise von nur 3.50 M.** Bände ab, unsere Lesern zu dem **ausserordentlich billigen Preise von nur 3.50 M.** Bände ab. Es empfiehlt sich, umgehend zu bestellen, da zu Weihnachten meistens die Auflage vergriffen ist. Der billige Preis erklärt sich ausschliesslich durch Herstellung von Massen-Auflagen und nicht auf Kosten der Herstellung, da die Ausgabe ein **tadelloses** ist. . .

Volksbuchhandlung, Halle a. S., Harz 42/43.
 Bestellungen nehmen alle Expeditionen entgegen.

Für die Inserate verantwortlich: Rob. Franke — Druck der Halle'schen Genossenschafts-Buchdruckerei (G. M. B. H.) — Verleger, vorm. Aug. Grob, Lichtstr. 13 a. — Samst. i. Halle a. S.

1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 246

Halle a. S., Donnerstag den 20. Oktober 1910

21. Jahrg.

Freitag den 21. Oktober abends 6½ Uhr
(nach Schluß der Arbeitszeit)

finden im **Volkspark** Burgstraße 27,

Zwei öffentliche politische

Protest-Versammlungen

statt.

Tagesordnung:

Halle und Moabit, Polizeiwillkür u. Reichsvereinsgesetz.

Referenten: Reichstagsabgeordnete **Adolf Albrecht** und **Fritz Runert**,
Arbeitersekretäre **M. Gildenberg** und **Fr. Klees**.

**Diese Versammlungen müssen sich zu einem Massenprotest gegen die preussische
Polizei Herrschaft gestalten! Arbeiter, erscheint in Waffen! Auf zum Protest!**

Personen unter 18 Jahren haben keinen Zutritt.

Das Gewerkschaftstaktell. Sozialdem. Verein für Halle u. d. Umgr. J. A.: R. Reilwand,
Harz 42/43.

Briefe aus dem Orient.

Von **Barbus**.

Vorbemerkung. Genoss **Barbus** hat im Auftrage von uns und einigen anderen Parteimitgliedern eine dreimonatliche Studienreise nach Konstantinopel und den Balkanländern unternommen, und wird seine Eindrücke, Beobachtungen und Untersuchungen in Artikeln und Feuilletons niederlegen, die wir wöchentlich veröffentlichen werden.

Die türkische Revolution ist uns noch immer ein Rätsel. Schon ihr Ausbruch war eine Ueberraschung, nicht minder ihr weiterer Verlauf. Trotz der erlangten Siege über das alte Regime, wissen wir noch immer nicht, inwiefern sich der Parlamentarismus in dem Osmanischen Reich eingebürgert hat, und es erheben sich in der Türkei selbst Stimmen, die behaupten, daß sich unter der neuen Form durch neue Personen nur die alte Clique Herrschaft wieder breitet mache. Offenbare Tatsache ist es, daß erst jetzt, nach der Niederwerfung der militärischen Gewalt der alten Despotie die inneren sozialen Kämpfe der türkischen Revolution zur Entfaltung gelangt. Diese kenten ganz besonders die Aufmerksamkeit des Massenbewußten Proletariats Europas auf sich. Die Orientfrage berührt aber auch ganz unmittelbar die Interessen der Völker Europas. Es war stets eine Frage von Krieg und Frieden und ist es jetzt mehr denn je. Der Ausbruch in Albanien, die arabischen Kämpfe, die große Verschönerung, deren großer Umfang die nunmehrigen Mächte selbst in Zweifel brachte, die Übung in Byzanz, ganz zu schweigen von dem Streit mit Griechenland, das alles deutet darauf hin, daß das Problem, ob die Türkei einem inneren Konsolidierungsprozeß oder dem Zerfall entgegengeht, noch nicht gelöst ist. Der Zerfall der Türkei würde aber eine neue Einteilung der politischen Kräfte und eine neue Gestaltung der politischen Karte Europas zu Folge haben. Während im Zentrum Ostereich durch Preußen im Schach gehalten wurde und so ein großer Teil Westeuropas neutral bleiben konnte, sehen wir jetzt mehr das Deutsche Reich tätigen Anteil an den Orientkämpfen nehmen — die Lieferung der deutschen Panzerschiffe an die Türkei ist das neueste Symptom dieser Parteinahme — und, unterstützt durch Deutschland, exponiert sich auch Ostereich mehr, als bisher, in der Orientpolitik. Zugleich tritt jetzt das geeinigste Italien als eine bedeutende Macht mit starkem Interesse an Orient und den mittelländischen Gewässern hervor. Auf der Balkanhal-

insel selbst sind Staaten entstanden, deren Militärmacht erheblich ins Gewicht fällt. Schließlich haben wir auch bereits die Vereinigten Staaten von Nordamerika als interessierte kapitalistische Macht im europäischen Orient auftreten. Die Rivalität um den Orient ist also jetzt eine viel kompliziertere Erscheinung, die größere Gewalt in Bewegung zu setzen vermag. Zugleich hat mit der Entwicklung des Handelsverkehrs durch den Suezkanal und dem Bau der Eisenbahnen in Kleinasien das kapitalistische Interesse an dem Orient ungemein an Intensität und Tragweite gewonnen. Noch andere große Faktoren wirken mit, unter denen der mächtigste die steigende Uebersproduktion der Industriestaaten und der von den Großhändlern genährte Imperialismus.

Dabei ist, dank der Unvollkommenheit des europäischen Parlamentarismus, die Situation so — und der serbisch-österreichische Konflikt war ein dralischer Beweis dafür — daß durch die diplomatischen Kombinationen im Orient die Völker Europas vor fertige Laufsachen gestellt werden, denen sie kaum noch ausweichen können.

Sich über die Vorgänge im Orient durch einen so gründlichen und erschöpfenden Bericht wie **Barbus** zu orientieren, ist deshalb von Interesse und von politischem Nutzen für die Sozialdemokratie.

Erster Brief.

Belgrad, Oktober 1910.

Wenn man mit der Eisenbahn Semlin, dem österr. reichlichen Grenzort sich nähert, erblickt man auf dem anderen Ufer der Donau, an der Mündung der Save, ganz nah, gleichsam mit den Händen greifbar, die serbische Hauptstadt, **Belgrad**, „die weiße Stadt“, liegt an der Sonnenseite, frei und offen, seinem Gegenüber sichtbar bis in das kleinste Gäßchen, friedlich und arglos, wie ein Kind, und man kann sich kaum denken, daß man erst vor zwei Jahren nahe daran war, Festungsgelände aufzubauen zu lassen, um dieses wohlbedachte Bollwerk zu zerbrechen! Im Falle eines Krieges müßte Belgrad sofort geräumt werden, aber es wäre von Osterreich zusammengepackt worden, man ist sich darüber in Serbien durchaus klar. Belgrad ist aber nicht bloß die Hauptstadt, es ist die einzige größere Stadt Serbiens, das sommerliche, industrielle und kulturelle Zentrum. Der Krieg würde also für Serbien mit der Preisgabe des Handels und der Kultur, dem Rückzug in die Berge und Wälder beginnen. Die erste Wirkung des Krieges wäre der Rückfall in das Vordereuropäische, und doch sind es gerade die serbischen Intellektuellen, die die Wortführer des Krieges waren und noch geliebt sind. Denn die

Kriegs Stimmung in Serbien ist noch immer stark. Serbien ist gezähmt, aber nicht beruhigt. Dies der allgemeine Eindruck, den ich bis jetzt empfangen habe.

Ich habe mich zuerst an die Vertreter unserer serbischen Arbeiterpartei gewendet und fand ein herzliches kameradschaftliches Entgegenkommen, das mir unversehrt bleiben wird. Das geistige Wand des Sozialismus bewirkt es, daß ich mich in diesen Kreisen von der ersten Stunde an heimisch fühle. Wir wußten, daß wir den gleichen großen Kampf der Arbeiter kämpfen und das gleiche große Interesse zu vertreten haben, das brachte uns in unserer Denk- und Gefühlsweise zusammen. Besonders die Genossen **Zucowitsch** und **Wapcawitsch** schenken seine Mühe und Zeit, um mir die gewünschten Informationen und Verbindungen zu verschaffen. Durch ihre Vermittlung trat ich in Verbindung mit gegenwärtigen und früheren Mitgliedern des Ministerkabinetts, auch mit dem Ministerpräsidenten **Paschitsch**, mit Vertretern der Banken, der Industrie und des Handwerks und führte mit ihnen stundenlange Besprechungen. Von einigen, besonders von allen offiziellen Persönlichkeiten, wird es bestritten, von anderen dagegen zugegeben, daß der russische Einfluß den Nordserbienismus fördert. Die serbischen Zeitungen berückten den russischen Regierungen, die bereits an die politische Grenze marschieren, vertraulich wurden aus Regierungskreisen Gerüchte verbreitet, daß Ausland Besprechungen an Serbien gemacht habe. Das stimmt ja auch mit der damaligen Haltung der russischen offiziellen Presse überein und mit der Diplomatie des Barentens bis zu dem Augenblick, wo die bekannte scharfe Wendung und der Zusammenbruch eintrat. Doch wird von allen, auch von unseren Genossen, versichert, daß eine Massenbewegung bestand, die die leitenden Personen — einzelne Mitglieder der Regierung und auch das Offizierskorps waren gegen den Krieg — niederzurennen drohte. Der Vorwurf gegen die russische Diplomatie wäre demnach der, daß sie in der kritischen Zeit in einer gewissenlosen Weise die nationalistische Erregung schürte, die beinahe einen Weltkrieg entzündete. Die serbische Diplomatie hat ein nur viel zu leichtes Spiel in Serbien.

Frägt man nach den inneren Gründen der Volksstimmung, so kößt man vor allem auf ein großes Mißtrauen zu Osterreich. Es wird allen Genossen behauptet, Osterreich gehe darauf hinaus, Serbien zu annektieren. Der Gedanke erscheint der Selbstlosigkeit besonders in Deutschland, wo man die Vorgänge auf dem Balkan noch immer in der Perspektive „dort weit hinten, in der Türkei“ betrachtet, durchaus fremd. Die Leute hier gehen aber diese Dinge sehr nahe an; sie überziehen deshalb leicht nach der anderen Seite, auch legt man

wer ein ganz besonderes politisches Gewicht auf Privatäußerungen regierender Persönlichkeiten. Es wird eine angebliche Verfügung Wilhelm's III. folgendermaßen wiedergegeben: „Wir müssen über Serbien in Einigkeit sein.“ In dem Vorhalt, daß doch die Politik in parlamentarischen Ländern nicht von einzelnen Persönlichkeiten gemacht werde, wird entgegnet, daß man den Einfluß der Wähler in der auswärtigen Politik sehr wenig zu merken bekomme. Unbedingt würde ein stärkeres politisches Hervortreten der Volksmassen in den Großstaaten schon durch die Tatsache allein beweisungsfähig auf die Gemüter in den kleinen Ländern wirken.

Die Forderung der nationalen Einigung Serbiens wird in allen Tonarten erörtert. Es gibt hier Nationalisten, die als Geschäftsleute einen durchaus nüchternen Verstand entwickeln, aber in der Frage der Einigung aller Serben überhaupt mit seinen Schwierigkeiten rechnen wollen. Mit vollenden Augen und flodernder Stimme rufen sie ihre Argumente aus und überschreiten die ihnen unbequemen Tatsachen. Diese Gemütskranke laufen leicht die Gefahr, die Arbeit des ihnen so sehr geliebten Oesterreichs zu bejahren. Denn die nationale Einigung der Serben läßt sich ebensowohl als Angliederung Serbiens an Oesterreich wie umgekehrt denken. Auch diese Eventualität wird keineswegs schließend zurückgewiesen, sondern erstlich in Erwägung gezogen. Die Analogie mit dem Werte, die nach dem verlorenen Krieg unter Englands Herrschaft zur Einigung gelangten, liegt zu sehr nahe, als Gegenargument wird die Wirtschaft Oesterreichs in Bosnien und Kroatien, über die horrenden Schäden erzählt werden, angeführt. „Einem demokratischen Oesterreich gegenüber —“ heißt es — „das die Entwidlung der einzelnen Nationen fördern will, wäre unser Verhalten ein anderes.“ Am häufigsten aber sieht man sich darauf zurück, daß Serbien einen Ausgang zum Meere brauche. Der serbische Gesandte läßt die Ideen der Sprachlichen, kulturellen Einheit, der gemeinsamen Geschichte der Nation beschreiben und die Menschen werden zugehört, wenn aber in der Wahrheit liegt, das serbische Volk auf serbischen Dampfern zu verfrachten. Im dieses Interesse zu bestehen, muß man sich die wirtschaftliche Entwicklung Serbiens in den letzten Jahrzehnten vergegenwärtigen.

In dem Unabhängigkeitskrieg hat das serbische Vorkommen mit der Neuaberschöpfung aufgeräumt und sich in den Besitz des Brund und Bodens gesetzt. Seitdem trat eine starke Bodenzerstückelung ein. Die Weizengröße beträgt 6 Hektar und weniger. Das bedeutet bei der relativen geringen Anbaufläche und Festeinträge, die kaum die Hälfte des deutschen Durchschnitts erreichen, eine Vargelkultur. Auf anderer Seite findet — wie allgemein betont wird, ein Landarbeiter fehlt — ein bedeutende Vermehrung des Grundbesitzes statt. Eine Einschränkung der Rindviehzucht wurde schon für die Periode 1900-05, also noch vor dem Vollzuge mit Oesterreich, statisch festgestellt.

Es macht die Zahl der Bauern, die kein Vieh besitzen. Es paßt sich die proletarische Klasse, die, da sie keinen Arbeiter nach der Industrie findet, als Lumpenproletariat begreift. Die Kleinbauern kämpfen um ihre Existenz, da sie keine Landfrage mehr zu lösen ist, geraten sie in eine elende Stimmung. Das ist die Waise, die man leicht zu politischen Abenteuern hinziehen kann; heute für den Nationalismus, morgen für die Sozialdemokratie, das ist im Hinblick auf den demokratischen Sinn des serbischen Bauern beschränkt wird — für den Caesarismus.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 19. Oktober 1910.

Zu den Protest-Versammlungen

Am Freitag abend 6 1/2 Uhr, also gleich nach Arbeitsruhe, muß von den Parteimitgliedern und Gemeindegliedern die lokale Agitation entfalteter werden. Das Thema der nach beiden Seiten des Volkspartes einberufenen Versammlungen lautet:

Sache und Wesen,

Polizeiunfall und Reichsvereinsgesetz.

Referenten sind die Reichstagsabgeordneten Albrecht und Lunkert und die Arbeitersekretäre Güttenberg und Kieck. Die Aufforderung zum Besuch der Versammlungen geht an alle, die sich nicht mit dem Willkürregiment der Polizei unversöhnen erklären und die bestrebt sind, die wenigen dem Volke zugehenden Rechte zu erhalten. Für Halle ist ein wichtiger Protest um so notwendiger, als hier die breiten Massen des schaffenden Volkes an schimmigen dem laßenden Polizeizustand ausgelegt sind. Mann für Mann müssen namentlich die organisierten Arbeiter antreten. Sie sind verpflichtet, auch die indifferenten mitzubringen, die noch nicht den Wert der Organisation erkannt haben. Es gilt alle Kräfte anzuspüren, damit der warnende Ruf des Volkes machtvoll an das Ohr der Herrschaft dringt, die auf weitere Entredung und Bevormundung der Proletarier sinnen. Deshalb auf zur Agitation für den Waffenprotest!

Polizei und Vereinsgesetz.

Unter dieser Spitzmarke bringt der Generalanzeiger eine offenbar von der Polizei inspirierte Auslassung über die politischen Ungehorsamkeiten der letzten Zeit in der Frage des Reichsvereinsgesetzes. Während der Abmuentage im vorigen Monat hat das Blatt sich über diese Dinge nicht geäußert, um so den Anschein zu erwecken, als ob es wirklich nicht sich nicht für die „unparteilich“ vorgebe. Zwar ließ sich jeder realistische Charakter des Blattes schon daraus erkennen, daß es sich nicht getraut, angesichts der Haren Gesetzmäßigkeiten der hiesigen Polizeibehörde auch nur mit einer einseitigen Seite des Sinnes der vereinsgesetzlichen Bestimmungen und der dazu gegebenen Versprechungen des damaligen Staatssekretärs des Innern Behm an Volk zu gehen. Über der naive und politisch indifferente Faser konnte immerhin aus diesem Schweigen zu etwas die Unparteilichkeit herausfinden. Nun aber die Restperiode abgeschlossen und die 1500 Mk. Abmuentage verbraucht sind, glaubt man im Generalanzeiger seiner Leser sicher zu sein und wieder „Bühnen-

nehmen“ zu dürfen mit der alten Vertrauten, der Polizei. Dazu eignen sich übrigens die neuen Teile im Generalanzeiger besonders gut, weil sie früher einmal „liberale“ waren; einer von ihnen hat sogar das Reaktionsstigma der Gängelung geschmiegelt, jetzt ist er „unparteilich“.

Der Artikel in der gestrigen Nummer des Generalanzeigers konstatiert zunächst, daß die Polizei „sich neuerdings“ zu einem schärferen Vorgehen veranlaßt sieht. Weshalb und woher die Veranlassung, wird nicht gesagt, vermutlich deshalb, weil sich für die geübte Willkür keinerlei Begründung finden läßt. Welche Rücksicht jedoch die Halle'sche Polizei bei ihrem Zuzuwarten läßt, welche Schritte sie befehlen, geht aus einigen sehr merkwürdigen Sätzen hervor, die sich hinter der Einleitung zu dem Artikel finden. Sie lauten:

„Denn die Polizei hat bisher die Mitglieder der Vereine in den Vereinen nicht überholt, nachdem das bisher geltende preussische Vereinsgesetz aufgehoben worden war und das Reichsvereinsgesetz in Kraft trat. Für das neue Reichsvereinsgesetz gab es, so wird seitens der Polizei hierzu geltend gemacht, bei seinem Inkrafttreten noch keine Judikatur. Infolgedessen stellte die Polizei sich auf den Standpunkt, daß die Judikatur in den Ausführungsbestimmungen des preussischen Vereinsgesetzes Anwendung auf das Reichsvereinsgesetz finde. Im aber nicht gegen dieses zu verfahren, verließ sich die Polizei zunächst auf die Entscheidung der Reichsgerichtshof. Dieser hat entschieden, daß die namentlich die Begriffe „öffentliche“ und „politische“ Versammlung be-“

deutendwert ist gleich der erste dieser Sätze, wo es heißt, daß bisher die Mitgliederversammlungen nicht überholt worden sind. Damit wird ausgedrückt, daß jetzt Mitgliederversammlungen überholt werden und überholt worden sind.

Die polizeiliche Ansicht von der „öffentlichen Versammlung“, worin nur Mitglieder „großer Vereine“ erschienen sind, wird also durch die Polizei selbst als hinfällig bezeichnet. Dann aber der merkwürdige Satz von der „Judikatur“ in den Ausführungsbestimmungen des preussischen Vereinsgesetzes. Sollte die Polizei damit die in den Ausführungsbestimmungen zum alten preussischen Vereinsgesetz niedergelegten Rechtsgrundzüge bezeichnen, dann hätte sie die famose Anweisung gehabt, daß die Praxis eines verschärften Vorgehens auf das neue Gesetz Anwendung finden solle, obwohl das neue Gesetz ebenfalls seine Ausführungsbestimmungen hatte. Wir nehmen jedoch an, daß der Artikel sagen wollte: „Die Judikatur zu den Ausführungsbestimmungen“, dann aber, weil die Judikatur zu großer Vereinen“ entschieden ist, freilich Gegenstand mit dem, was anfänglich der Beratung des Reichsvereinsgesetzes als Regierungsvorlage verhandelt worden ist. Der Staatssekretär führte in der Reichstagskommission nämlich an: „Wenn dort (Begründung zum R.-V.-G. S. 30) gesagt sei, daß eine äußerlich in den Formen einer Vereinsversammlung sich abspielende Versammlung dennoch eine öffentliche sein könne, so habe damit die Polizei keineswegs darauf hingewiesen werden sollen, daß sie auf Unwegen Vereinsversammlungen den von dem Entwurf für öffentliche Versammlungen gegebenen Vorschriften anzuwenden.“ Man versteht nicht, wie die Polizei, was die Halle'sche Polizei — nun bringt der Artikel die typische preussische Polizeianmahnung; es heißt nämlich wieder:

„Nachdem wir nunmehr aber eine Rechtsprechung wegen des Reichsvereinsgesetzes bekommen haben, handelt die hiesige Polizei, nach ihrer Überzeugung, gemäß dieser Rechtsprechung. Diese Rechtsprechung hat nun bereits festgestellt, daß die Polizei jede öffentliche Versammlung überwachend kann, gleichviel ob in ihr wirtschaftliche oder gesellschaftliche Fragen behandelt werden. Infolgedessen entsendet die hiesige Polizei Vertreter nach allen solchen Versammlungen, die sie als öffentliche ansieht.“

Da haben wir das berühmte: Mensch, beschwere dich — die Polizei tut, was sie will. Nicht was die gesamte Öffentlichkeit als Sinn eines Gesetzes empfindet, was aus unbeschränkten Tatsachen hervorgeht, was Minister sagen, sondern was die Polizei für „richtig“ hält. Diese Polizei, die schon oft in der Vergangenheit die Rechte des Reichsvereinsgesetzes eintreten mußte. Wenn die Halle'sche Polizei keine Diktaturversammlungen als öffentliche betrachtet, dann läßt sie eben „Vertreter“ dahin, führt sie und löst sie auf. Die beteiligten Versammlungsteilnehmer können sich ja nachher beschweren, „damit eine Judikatur entsteht“. Einmal ist also die Judikatur vorhanden, das andre Mal muß sie erst entstehen — so sagt die Halle'sche Polizei.

Hierauf folgt nun im Artikel des Generalanzeigers eine bedeutende Inverhälltheit und ganz gewisslose Äußerung. Es heißt da:

„Die (die Polizei) hat auch eine neulich hier abgehaltene Metallarbeiterversammlung als eine solche öffentliche angesehen. Wenn auch in der öffentlichen Anfindung der Eintritt nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte gestattet sein sollte, so erfolgt doch nach dieser Richtung hin keine Kontrolle. Es fanden auch zahlreiche Unbefugte Zutritt. Auch in der Versammlung mehr Beronen anwesend waren, als der Metallarbeiterverband hier überhaupt Mitglieder zählt.“

Zunächst handelt es sich um zwei Metallarbeiterversammlungen, die von der Polizei belästigt wurden, nicht um eine. Sodann ist die Kontrolle erfolgt über die Versammlungsteilnehmer — man hat sogar Leute, die man für Spitzeln hielt, abgemerzt, um sie in die Versammlung zu lassen, wenn sie es beabsichtigt. Ferner ist es eine beabsichtigte Unparteilichkeit, eine Äußerung, wenn geschrieben wird, daß mehr Personen in der Versammlung waren, als der Metallarbeiterverband Mitglieder hat. Wir stellen demgegenüber fest, daß der Metallarbeiterverband am 1. 3000 Mitglieder hat und daß in keiner der beiden von der Polizei belästigten Versammlungen die Teilnehmerzahl die Teilnehmerzahl der Metallarbeiterverbandes übersteigt. Diese Tatsache ist sowohl dem Generalanzeiger, als auch der Polizei bekannt. Wir selbst haben sie bereits in einer, gegen die Äußerung der Halle'schen Zeitung gerichteten Erklärung hervorgehoben. Der „unparteiliche“ Generalanzeiger ist nicht mit dem letztgenannten Schmutzblatt gleich, morat wir gebührend hinweisen.

Am Schluß kommt der Sozialdemokratische Verein daran, über dessen Drangsalierung durch die Polizei folgendes geschrieben wird:

„In einem anderen Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts wird ferner festgestellt, daß auch Mitgliederver-

sammlungen von Vereinen öffentliche sein können, sobald der Inhalt des Vereins resp. die Geschäftigkeit, die er umschließt, eine solche ausgedehnte ist. Das trifft nach der Ansicht der hiesigen Polizei auch beim Sozialdemokratischen Verein für Halle und den Saalkreis zu; dessen Mitgliederzahl ist eine sehr große, zumal der Eintritt ein leichter und der Mitgliedsbeitrag ein sehr geringe ist. Infolgedessen könne von einem inneren Zusammenhang der Mitglieder keine Rede sein und daher seien auch die Versammlungen dieses Vereins als öffentliche zu betrachten. Es kommt nunmehr darauf an, ob auch das Oberverwaltungsgericht diesem Standpunkte der Halle'schen Polizei beitrete resp. ob es anerkennt, daß der Inhalt des genannten Vereins so ausgedehnt ist, daß ein innerer Zusammenhang der Mitglieder vorhanden ist. Der Zusammenhang der Mitglieder in Fabriken und anderen großen Unternehmungen, wo eine leichte Veränderung bei mündlicher Einbindung (wie gelehrt) möglich ist, wird von der Halle'schen Polizei nun als ein äußerer angesehen. Auch hierüber muß die Rechtsprechung volle Klarheit schaffen.“

Wermuthlich sieht sich die Polizei auf das Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts im Falle des Sozialdemokratischen Vereins abzugeben. Sie vergißt jedoch hinzuzufügen, daß das Erkenntnis der Polizei unrichtig gab. Im übrigen brauchen wir uns nicht mehr zu streiten. Die „Gründe“ der Polizei, unter deren Schutz sie in General-, Mitglieder- und Diktaturversammlungen eindringt, sind zum Überdruß oft wiederholt worden. Ja, die Polizei wiederlegt sich auch hier selbst, indem sie wegen der veranlaßten einberufenen Mitglieder-Versammlung in der vorliegenden Woche bislang noch kein Strafmandat hat erheben lassen, obwohl sie doch die Versammlung für eine öffentliche hält. Sehr gut ist die Rede von dem „sehr geringen Mitgliederbeitrag“. Wie stimmt das mit dem Reichsvereinsverbanden, daß die Sozialdemokratie ihre Anhänger in schwerer Weise brandstiftet? Und wie ist der Eintritt ein leichter, wenn es z. B. einem — Polizisten nicht möglich ist, Mitglied dieses Vereins zu werden? Weshalb schneidet die Polizei je ganz über die Diktaturversammlungen, die sie selbst hat? Will sie mit diesen Schwächen zugeben, daß sie sich nicht bei der Gelegenheit ganz gründlich vermerkt? An den Artikel ist nicht geknüpft, was nach der Meinung der Generalanzeiger ausfallen könnte. Das Blatt ist also mit seinen „Inspiratoren“ gänzlich einverstanden der „unparteiliche“ Generalanzeiger unter „liberale“ Führung nimmt Stellung gegen das Volk und schlägt sich für die Polizei ein! Das mögen die Arbeiter beachten, wenn sie wieder einmal mit schreiender Stimme von der „Unparteilichkeit“ des Generalanzeigers um Unterstützung durch Abonnement angebetelt werden.

Lohnbewegung der Maschinenarbeiter.

Die Maschinenarbeiter der Firma Richard Monneburg, Halle, und der Stadtgaswerke G. M. G. (Anhaber Obermann G. M. G.) reichten durch die Organisationskommission (Verband der Brauereiarbeiter und Maschinenarbeiter) Vorbringen ein, die bei der Firma Monneburg zu einem günstigen Tarifabschluß führten. Es wurde eine allgemeine Lohnzahlung von zwei Mark pro Woche gewährt. Demnach betragen hier die Mindestlöhne für Müller 27 Mark, für Arbeiter auf dem Boden 24,50 Mark und für Näher 24 Mark. Ueberstunden werden mit 50 Pf. und Sonntagsarbeit mit 50 Prozent Aufschlag vergütet. Die Fahrer erhalten für Tagelöhner 1,50 Mark, Lohnzettel. Lohnzahlungen für Zeiterläumnisse werden nicht gemacht. Die Vorbringer, Kontrollvorstellungen, bei den Wahlen zu den ergebenden Körperlichkeiten, bei schwerer Krankheit oder Tod eines Familienangehörigen, bis zur Dauer von einem Tage. Bei wirklich nachgewiesenen Krankheitsfällen wird auf die Dauer der ersten zwei Wochen die Differenz zwischen Lohn und Höchstlohn ausgleichend vom Geschäft bezahlt. Ferien ohne Lohnzahlung werden bewilligt: Bei einjähriger Tätigkeit im Betriebe drei Tage und nach zwei und mehrjähriger Tätigkeit sechs Arbeitstage jährlich. Der Vertrag tritt mit dem 2. Oktober in Kraft und hat zwei Jahre Gültigkeit.

Die Lohnbewegung in Ginnrich konnte noch nicht abgeschlossen werden, da sich Herr Obermann G. M. G. bisher nicht entscheiden konnte, annehmbare Zugeständnisse zu machen. Wir bitten daher, den Zugang nach Ginnrich fernzujubalen.

Verband der Brauereiarbeiter und Maschinenarbeiter.

J. A. Aug. Hoppe.

Krankentafelverband.

Als neuer Kassenträger wurde Herr W. E. S. in Chemnitz, 581, ange stellt. Das Verzeichnis der nunmehr präzisierenden Ärzte ist im Interessten der heutigen Nummer enthalten. Die Unterzeichner, Kassentilgler und beteiligten Klassen werden ersucht, die Bekanntmachung auszuweichen und bis auf weiteres als Verzeichnisse zu verwenden.

Zum Arbeitswilligenklub.

Der Streik von Linde, über den schon öfters berichtet worden ist, hatte für den Stellmacher B. von hier noch ein gerichtliches Schlichter wegen Verzugsen § 153 der G. L. Obligation und Pfandgesetz) vor dem Schwurgericht. Der Beschuldigte soll im Monat April an zwei Tagen die Arbeitswilligen Klasse und Pfeiffer durch die Worte Streikführer, Schlichter beleidigt und mit Todtschlag bedroht haben. Er lag, er habe mit dem Streik gar nichts zu tun gehabt und bei einem anderen Unternehmer gearbeitet. An dem einen Tage, an dem die Arbeitswilligen bei dem Vernehmen, die ihn bedroht haben sollen, gesehen haben will, sei er gar nicht am Tatort, Linde, sondern in Weesen gewesen. Er konnte kein Alibi durch Zeugen antreten, was sich aber erbrügte, weil der Arbeitswillige zugab, er könne sich nicht erinnern. Ebenfalls waren die Angaben der in Frage kommenden Arbeitswilligen übereinstimmend, daß der Angeklagte „plötzlich“ bei Bewegungen immer zu liegen, er wolle die Streikführer folgen. Bedrängt wurden gegen die Angeklagten drei Arbeiter Genossen. Der Streikführer des Anwesenden mies auf die Heberführung der Unternehmer bei solchen Ausprägungen und Streiks hin und bemerkte, daß bei solchen Anlässen Worte wie „ich schlage dich tot“ von den Arbeitern nicht ernst gemeint wären. Das Urteil lautete auf fünf Tage Gefängnis.

Alle werden sie nicht.

In der auswärtigen General-Anzeigerpreise erschienen im Mai und Juni 1908 eine Anzahl Inserate, nach denen ein „zweijähriges“ nichtliches Kind distriker Herkunft gegen eine einmalige Abfindungs-

Fertige Kleider für alle Zwecke Leewenbals.

kanf man vorteilhaft bei

